

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

21. Jahrgang

Berlin, den 1. Oktober 1954

Nummer 40

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig.

Änderungen in den Gläubiger- und Schuldnerpositionen in der Bundesrepublik (1953)

Die Entwicklung der Gläubiger- und Schuldnerpositionen in Westdeutschland führte im vergangenen Jahre zu bemerkenswerten Konstellationen¹⁾. Nachfolgend wird versucht, ein Totalbild der Veränderungen im Verlaufe des Jahres 1953 aufzuzeigen. Faßt man für jeden der großen volkswirtschaftlichen Bereiche (Wirtschaft, Öffentliche Hand, Private Haushaltungen usw.) Guthaben und Verschuldung gegenüber den übrigen Bereichen jeweils zu einer einzigen Zahl — dem „Geldpotential“ des Bereichs — zusammen, so spiegelt die zeitliche Veränderung dieser Salden die geänderten Schuldner- und Gläubigerverhältnisse wider. (Vgl. die umstehende Tabelle).

Vor allem hat sich die Gläubigerposition der Öffentlichen Hand außerordentlich, nämlich um 5,0 Mrd. DM verstärkt, ferner haben die Privaten Haushaltungen ihre Nettoersparnisse um 5,3 Mrd. DM gesteigert. Das „Geldpotential“ dieser beiden Bereiche zusammen genommen ist somit um über 10 Mrd. DM gewachsen. Schuldner wurden das Ausland und die Wirtschaft. Bezieht man die Zunahme der Goldbestände, die ja gegen Hergabe von Devisen bzw. Devisenforderungen erworben wurden, in die Rechnung ein, so hat das „Geldpotential“ der Bundesrepublik gegenüber dem Ausland sich um 3,6 Mrd. DM vergrößert. Die Verschuldung der westdeutschen Wirtschaft gegenüber den übrigen Bereichen ist per saldo um 7,2 Mrd. DM gestiegen. Der bei weitem größte Teil dieses Betrages, nämlich 5,4 Mrd. DM, entfiel auf den Wohnungsbau. Sämtliche anderen Bereiche der Wirtschaft (ohne Banken und ohne öffentlich-rechtliche Betriebe) konnten demnach — trotz sehr hoher Investitionen — mit einem Kapitalzufluß von 1,8 Mrd. DM auskommen. Dabei blieb der Umstand unberücksichtigt, daß die Banken selbst, die ihrer besonderen Funktion wegen getrennt behandelt werden, in hohem Maße Reserven bildeten. Unter Einbezug des Aktivsaldos der Banken (+ 0,5 Mrd. DM) hat sich die gesamte westdeutsche Wirtschaft (ohne Wohnungsbau) sogar nur um 1,3 Mrd. DM verschuldet.

Die vorgenannten Zahlen umfassen die Ergebnisse der sogenannten „zusammengefaßten statistischen Bilanz aller Kreditinstitute einschließlich des Zentralbanksystems“, ferner das Wertpapier-

geschäft, soweit es in dieser Bilanz keinen Niederschlag findet, desgleichen die Schuldverhältnisse, die durch Direktzuschüsse der Öffentlichen Hand, durch Anlagen der Lebens- und Sachversicherungen sowie durch Verwendung zusätzlicher 7c-Mittel entstanden sind. Die Übersicht gibt weitere Einzelheiten. Allerdings muß darauf hingewiesen werden, daß eine Reihe von Daten, beispielsweise die Verteilung des Wertpapierabsatzes auf die aufgeführten Bereiche, nur schätzungsweise ermittelt werden konnte.

Öffentliche Hand

Der Forderungszuwachs in Höhe von 5,0 Mrd. DM umfaßt die — saldierte — Gläubigerposition der Gebietskörperschaften, der Sozial- und Arbeitslosenversicherungen und der öffentlichen Betriebe. Da Bundesbahn und Bundespost allein sich im Jahre 1953 erheblich verschuldet haben (um 0,8 Mrd. DM), muß die Gläubigerposition des übrigen öffentlichen Sektors entsprechend stärker, nämlich um nahezu 6 Mrd. DM, angewachsen sein. Fast 2 Mrd. DM entfallen hiervon allein auf die Sozial- und Arbeitslosenversicherungen, sofern man ihre Schuldbuchforderungen gegenüber dem Bund berücksichtigt. Von den Gebietskörperschaften wurden zur Förderung von Investitionen nicht weniger als 3,5 Mrd. DM bereitgestellt; 2,8 Mrd. DM davon waren Förderungsmittel für den Wohnungsbau. Diese Kredithilfe erklärt das Anschwellen der Guthaben der Öffentlichen Hand in hohem Maße. Buchungstechnisch werden diese Kredithilfen — die ja für viele Jahre festgelegt sind — als „Öffentliche Ausgaben für Investitionszwecke“ behandelt, treten also nicht als Haushaltsüberschüsse in Erscheinung. Bemerkenswert ist ferner, daß die kurzfristigen Guthaben der Öffentlichen Hand (insbesondere die des Bundes bei der BdL) sich — im Zusammenhang mit der Nichtabrufung von Besatzungskosten — allein im Jahre 1953 um 1,4 Mrd. DM vermehrt haben. Allerdings stehen diesem Posten langfristige Schuld aufnehmen (Anleihen usw.) in etwa gleicher Höhe an anderen Stellen des öffentlichen Bereichs gegenüber.

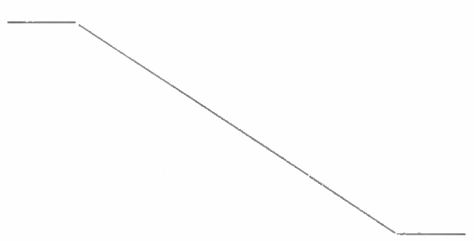
Wohnungsbau

Der bei weitem größte Teil des Finanzierungsbedarfs des Wohnungsbaus (nahezu 80 vH von 7 Mrd. DM) wurde durch Fremdmittel, also auf dem Wege der Verschuldung aufgebracht. Genau

¹⁾ Vgl. Wochenbericht des DIW, 21. Jg., Nr. 39 vom 24. 9. 54.

Änderungen in den Gläubiger- und Schuldnerpositionen in der Bundesrepublik 1)

31. 12. 1953 gegenüber 31. 12. 1952, in Mrd. DM

Schuldner (bzw. Aktiva der Banken)	Gläubiger (bzw. Passiva der Banken)	Saldo
Öffentliche Hand 2)		
Kurzfristige Kredite	Bankeinlagen	
a) Von Kreditinstituten -0,4	a) Im Zentralbanksystem 1,4	
b) Vom Zentralbanksystem -0,1	b) Bei Kreditinstituten 1,2	
Mittel- u. langfr. Kredite von Kreditinstituten (einschl. Geldmarktpapiere) 3) . . . 1,3	Über Kreditinstitute eingesetzte langfristige Mittel der öffentl. Haushalte . . . 1,4	
Direktausleihungen einschl. Geldmarktpapiere von Nichtbanken 0,6	Direktkredite für den Wohnungsbau . . . 2,1	
Anleihen 0,8	Geldmarktanlagen (einschl. Vorratsstellenwechsel 0,3	
Ausgleichsforderungen und Münzgegenwert 0,1	Erwerb von Wertpapieren 0,9	
insgesamt 2,3	insgesamt 7,3	+5,0
Wirtschaft (ohne Wohnungsbau und ohne öffentl.-rechtl. Betriebe)		
Kurzfristige Kredite von Kreditinstituten 4) 2,8	Sichteinlagen 0,9	
Langfristige Kredite von Kreditinstituten 2,7	Termineinlagen 1,0	
Schuldverschreibungen (ohne die über Banken geleiteten Schuldverschreibungen) 0,4	7c-Mittel 1,1	
Aktien 0,3	Investitionshilfe (abzüglich: Wertpapiererwerb) 0,3	
Ausleihungen von Lebens- und Sachversicherungen 0,3	Erwerb von Wertpapieren 0,5	
insgesamt 6,5	Anlagen der Sachversicherungen	
	a) Wertpapiere 0,2	
	b) übrige 0,1	
	Bargeldumlauf (25 vH) 0,3	
	Ausleihungen an Lastenausgl.-fonds und sonstige Ausleihungen 0,3	
	insgesamt 4,7	-1,8
Wohnungsbau		
Langfristige Kredite von Kreditinstituten 2,4		
davon:		
Sparkassen (0,7)		
Real- und Kommunalkreditinstitute (0,8)		
7c-Mittel (0,2)		
Mittel der Öffentl. Hand (0,7)		
Direktmittel der Öffentl. Hand 2,1		
Weitere 7c-Mittel 0,9		
Lebens- und Sachversicherungen 0,4	Reservebildung 0,4	-5,4
insgesamt 5,8		
Private Haushaltungen		
Ausleihungen von Teilzahlungsinstituten und Banken an Private Haushaltungen 0,7	Bargeldumlauf (75 vH) 0,8	
insgesamt 0,7	Spareinlagen 3,8	
	Erwerb von Wertpapieren 0,7	
	Anlagen der Lebensversicherungen	
	a) Wertpapiere 0,1	
	b) übrige 0,6	
	insgesamt 6,0	+5,3
Ausland		
Saldo gegenüber Ausland (einschl. Goldbestände) 3,5	ERP-Mittel über Banken	
	Einlagen des Hohen Kommissars . . . -0,1	-3,6
Bankenwirtschaft		
	Ausleihungen auf Grund von Kapitalerhöhungen, Gewinnen und Reservebildungen 5) 0,5	+0,5
1) Nach der zusammengefaßten statistischen Bilanz aller Kreditinstitute einschließlich des Zentralbanksystems, erweitert um die aus dem Wertpapierabsatz sowie sonstiger statistisch erfaßter Kreditgewährung sich ergebenden Geldvermögensverschiebungen, zum Teil Schätzungen. — 2) Einschl. öffentl.-rechtl. Betriebe. — 3) Einschl. der aus dem Erlös von Kommunalobligationen gewährten Kredite. — 4) Ohne Konsumfinanzierung. — 5) Aus dem Saldo der zusammengefaßten Bilanz gewonnen.		

die Hälfte dieser Fremdmittel entfiel dabei auf die von Bund, Ländern, Gemeinden und Soforthilfe gewährten Kredithilfen. Außerdem wurde der Wohnungsbau auch durch Aufnahme von Pfandbriefen seitens der Öffentlichen Hand gefördert. Die Ersparnisse der Bausparer sind in

der Aufstellung nicht aufgeführt, da sich hier — wenn man von den Verwaltungskosten, Steuern usw. der Bausparkassen absieht — Sparung und Kreditnahme in einem eng begrenzten Bereich der Privaten Haushaltungen gegenseitig ausgleichen.

Übrige Wirtschaft¹⁾

Die gesamte Bruttoinvestition der übrigen Wirtschaft kann für das Jahr 1953 auf rd. 20 Mrd. DM beziffert werden. Ihr stehen Kreditaufnahmen im Betrage von 6,5 Mrd. DM gegenüber. Etwa ein Drittel der benötigten Finanzierungsmittel wurden also auf dem Kreditwege beschafft, zwei Drittel des Kapitalbedarfs fielen in den Betrieben selbst an, und zwar in Form der Abschreibungen und der sogenannten „Selbstfinanzierung“ aus Gewinnen. Die auf dem Kreditwege beschafften Mittel stammten zu einem nicht unbeträchtlichen Teil (4,7 Mrd. DM) aus Bank-einlagen und sonstiger Kapitalbildung der Wirtschaft selbst. Dies hängt damit zusammen, daß bei vielen Betrieben die Abschreibungen und Gewinne die jeweilige Bruttoinvestition überstiegen, so daß diese Mittel — auf dem Umwege über die Banken oder den Erwerb von Wertpapieren — der Finanzierung anderweitiger Investition nutzbar gemacht werden konnten. Das Verhältnis von Kreditbedarf und Bruttoinvestition fällt also noch weit günstiger aus, wenn man nur den bereichsfremden Kapitalzufluß berücksichtigt. Lediglich 1,8 Mrd. DM oder 8 bis 9 vH des gesamten Kapitalbedarfs brauchten aus anderen Wirtschaftsbereichen (Private Haushaltungen, Öffentliche Hand und Bankenwirtschaft) aufgenommen zu werden.

Private Haushaltungen

Die von den Privaten Haushaltungen gesparten Beträge sind in den vergangenen Jahren außerordentlich gewachsen. Sie erreichten im Jahre 1953 brutto 6 Mrd. DM, nach Abzug der „Entsparung“ (Käufe gegen Ratenzahlung) 5,3 Mrd. DM, sofern man nur die statistisch erfaßten, den Haushaltungen direkt oder auf dem Wege über den Einzelhandel von Teilzahlungsinstituten und Geschäftsbanken zugeführten Mittel in Betracht zieht. In den vorgenannten Zahlen sind die von den Privaten Haushaltungen dem Wohnungsbau zur Verfügung gestellten Eigenmittel einschließlich der Einzahlungen bei den Bausparkassen noch nicht enthalten. Zusammen mit diesen Mitteln war die Sparsumme der Privaten Haushaltungen im vergangenen Jahre noch um etwa 1,2 Mrd. DM größer.

Ausland

Die günstige außenwirtschaftliche Lage im vergangenen Jahre spiegelt sich in der Zunahme der Gold- und Devisenbestände um 3,6 Mrd. DM wider. Im Rahmen unserer zusammengefaßten Bilanz ist zu beachten, daß das Zentralbanksystem derart in den Verschuldungsprozeß eingeschaltet ist, daß es dem Ausland gegenüber als Gläubiger und der deutschen Volkswirtschaft gegenüber als Schuldner fungiert. Bei der heutigen Struktur der Bankeinlagen und unter westdeutschem Währungsaspekt betrachtet, sind aber — „per saldo“ — die Einleger kurzfristiger Kredite im Zentralbanksystem (insbesondere die Öffentliche Hand) sowie die Bargeldbesitzer die eigentlichen Gläubiger des Auslands.

Sachvermögenszuwachs und Verschuldung

Nach den im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung angestellten Ermittlungen des DIW betrug der Sachvermögenszuwachs (Nettoanlageinvestition ohne Besatzungsinvestition zuzüglich Lagerbildung) im Jahre 1953 20,6 Mrd. DM.

¹⁾ Ohne Wohnungsbau und ohne öffentlich-rechtliche Betriebe. Diese Abgrenzung weicht von der in der Gesamtrechnung üblichen ab und ist durch die Gliederung der Bankenstatistik bedingt.

Rechnet man noch den Erwerb von Gold und Forderungen gegenüber dem Ausland in Höhe von 3,6 Mrd. DM²⁾ hinzu, so kommt man für 1953 auf einen Gesamtvermögenszuwachs von reichlich 24 Mrd. DM. Hiervon entfielen — nach pauschaler Schätzung — rd. 3 Mrd. DM auf öffentliche Investitionen im engeren Sinne, 5,5 Mrd. DM auf Wohnungsbau, 12,5 Mrd. DM auf die Nettoinvestition der privaten Wirtschaft (einschließlich rd. 3 Mrd. DM für Lagerbildung) und 3,6 Mrd. DM auf die Mehrung der Goldbestände und Forderungen an das Ausland.

Berücksichtigt man noch die in der Übersicht (letzte Spalte) angegebenen jeweiligen Änderungen des Geldvermögens, so wird ersichtlich, daß im Jahre 1953 das Gesamtvermögen der Öffentlichen Hand (Sachvermögen und Forderungen) um etwa 8 Mrd. DM, jenes der Wirtschaft (einschließlich Banken, aber ohne Wohnungsbau) um rd. 10,5 Mrd. DM und das der Privaten Haushaltungen um etwa 5,5 Mrd. DM zugenommen hat. Der Vermögenszuwachs der Wohnungswirtschaft spielt in diesem Zusammenhang nur eine unbedeutende Rolle, da der an sich bescheidenen „Eigenfinanzierung“ ein nicht unbeträchtlicher Abschreibungsbedarf gegenüberstand.

Ausblick

Das aufgezeigte Bilanzbild läßt folgende konjunkturrell bedeutsamen Schlüsse zu:

1. Der außerordentlich hohen Sparung steht zur Zeit ein ebenfalls sehr hoher langfristiger Kreditbedarf des Wohnungsbaus, der übrigen Wirtschaft und der Öffentlichen Hand gegenüber. Sollte in absehbarer Zeit das Wohnungsbauvolumen zurückgehen, die Sparung der Privaten Haushaltungen aber weiter steigen, so müssten zusätzliche Anlagemöglichkeiten bei der Wirtschaft oder der Öffentlichen Hand geschaffen werden.

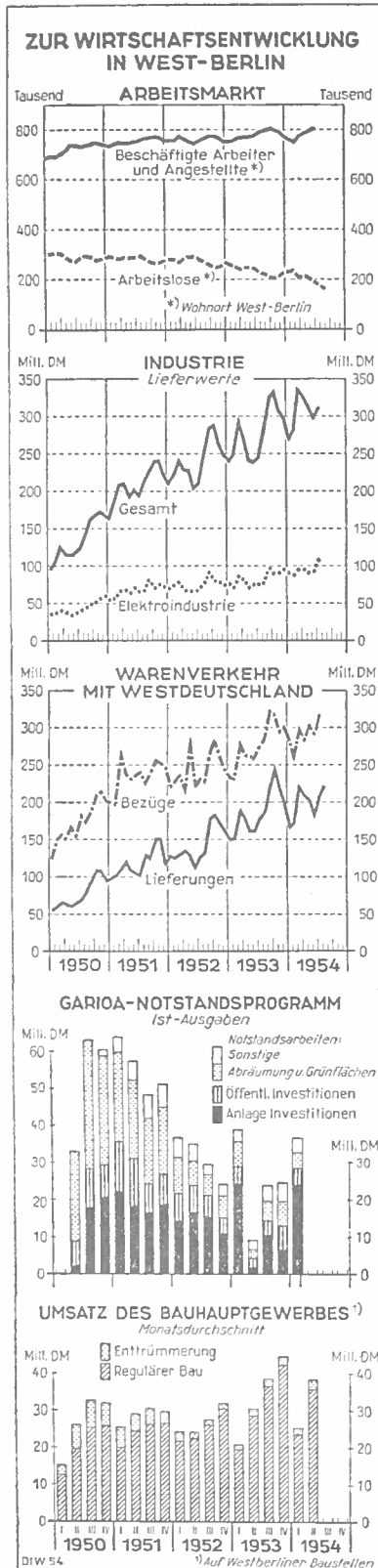
2. Allerdings könnte der Wohnungsbau in der weiteren Zukunft noch zusätzliche Anlagemöglichkeiten für die von den Privaten Haushaltungen gesparten Beträge bieten, wenn, was an sich zur Milderung des Steuerdrucks erwünscht wäre, die von der Öffentlichen Hand dem Wohnungsbau aus Haushaltsmitteln gewährten Kredite herabgesetzt würden. Bestrebungen in dieser Richtung sind zwar im Gang, jedoch steht bisher einer allseitig befriedigenden Lösung noch der gegenwärtig erhöhte langfristige Zinsfuß entgegen.

3. Die hohen Einlagen des Bundes im Zentralbanksystem finden — zusammen mit der Zunahme des Bargeldumlaufs — zur Zeit ihre Kompensation in der hohen Auslandsverschuldung (Ausfuhrüberschuß). Sollte diese in den nächsten Jahren zurückgehen, so müßte gleichzeitig die Haushaltsgebarung der Öffentlichen Hand geändert werden, sofern konjunkturschädigende depressive Auswirkungen auf die Wirtschaft (Zwang zu unerwünschter kurzfristiger Verschuldung) vermieden werden sollen.

4. Die Aufnahme hoher Kredite der Öffentlichen Hand bei gleichzeitig noch weit darüber hinausgehendem Einlagenzuwachs läßt erkennen, daß bei geeigneter Koordination der Finanzgebarung aller öffentlich-rechtlichen Körperschaften viele der stets mit Reibungsverlusten und entsprechenden Kosten verbundenen Umwege der Kreditaufnahme bzw. der Anlage von Haushaltsüberschüssen vermieden werden könnten.

²⁾ Von der Berücksichtigung ausländischer Forderungen in DM (nicht transferierte Gewinne, Zinsen usw.) wurde wegen der Ungewißheit über die hier in Betracht kommenden Beträge im vorliegenden Zusammenhang abgesehen.

Westberliner Wirtschaftslage Mitte September 1954



Wie schon in den Vormonaten hat sich auch im August die Arbeitslosenzahl (einschließlich Heimarbeiter) mit einer weiteren Abnahme um 11 700 auf insgesamt 165 000 stärker als im gleichen Monat des Vorjahres (— 7300) verringert. Mit diesem Rückgang innerhalb des letzten Monats hat die Arbeitslosigkeit in West-Berlin nunmehr etwa den Stand vom Ende der Blockade (Mai 1949) erreicht.

Seit dem Höchststand der registrierten Arbeitslosigkeit in West-Berlin (Ende Februar 1950) ist die Zahl der Arbeitslosen um rd. 141 500 gesunken. Die entscheidende Entlastung auf dem Westberliner Arbeitsmarkt ist dabei erst in den letzten zwei Jahren eingetreten.

Die Westberliner Industrie (ohne Bau und Energie) erzielte im August einen Produktionswert von 354 Mill. DM. Der arbeits-tägliche Produktionsindex des DIW betrug im gleichen Monat 75 (1936 = 100) und lag um 25 vH über dem Vorjahrsstand. In den Monaten Januar bis August zusammengekommen war die Industrieproduktion um 23 vH größer als zur gleichen Vor-jahrszeit.

Die Lieferungen West-Berlins in das Bundesgebiet nahmen im August saisonüblich weiter zu und betrugen — gemessen an den Anträgen auf Umsatzsteuerrückvergütung — 222 Mill. DM gegen-über 209 Mill. DM im Vormonat. Die Steigerung ist hauptsächlich auf den Beginn der Herbstsaison im Bekleidungsgewerbe zurück-zuführen, dessen Lieferungen von 25 Mill. DM im Juli auf 52 Mill. DM im August zunahmen. Insgesamt ergab sich bei den Lieferungen im Bundesgebiet in den ersten acht Monaten 1954 gegenüber der entsprechenden Zeit im Vorjahr eine nominale Zu-nahme um 17 vH, die, unter Berücksichtigung der Preisverände-rung, einer realen Steigerung von etwa 20 vH entspricht.

Die Produktivität der Westberliner Industrie ist in den letzten Jahren ständig gestiegen. Nach dem vom DIW berechneten Pro-duktivitätsindex beziffert sich die Zunahme von 1950 bis zum ersten Vierteljahr 1954 auf 28 vH gegenüber 25 vH im Bundes-gebiet.

Index der industriellen Produktivität in West-Berlin
Produktionsergebnis je Arbeiterstunde; Berechnung des DIW

	1950	1951	1952	1953	1. Vj. 1954	1950 = 100
	1936 = 100					
Elektrotechnik	95	115	119	126	133	140
Maschinenbau	72	84	94	96	94	131
Druck	72	64	67	73	75	104
Eisen- und Metallwaren	94	83	85	97	100	106
Chemie	111	153	160	180	173	156
Feinmechanik und Optik	71	82	81	91	88	124
Stahlbau	55	64	67	68	70	127
Fahrzeugbau	59	81	88	75	67	114
Holzverarbeitung	78	80	89	100	90	115
Papierverarbeitung	92	104	110	119	124	135
Industrie, gesamt ¹⁾	87	101	103	109	111	128
	Zum Vergleich: Bundesrepublik					
Industrie, gesamt ²⁾	93	103	108	113	116	125

1) Ohne Bekleidung, sowie ohne Bau, Energieerzeugung und Nahrungs- und Genußmittelindustrie. — 2) Ohne Energieerzeugung und Bau.

Vergleicht man die einzelnen Industriezweige, so ergeben sich zum Teil recht beträchtliche Unterschiede. Weit über dem Vor-kriegsstand liegt die chemische Industrie mit 173. Es folgen die Elektrotechnik mit 133, die Papierverarbeitung mit 124 und Eisen- und Metallwaren mit 100. Demgegenüber blieb die Produk-tivität aller übrigen Industriezweige noch unter dem Vorkriegs-stand.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Pacelliallee 6, und Bonn, Burgstraße 160.
Präsident: Prof. Dr. Ferdinand Friedensburg. Abteilungsleiterkollegium: Dr. Gerhard Abeken, Dr. Ferdinand Grünig,
Prof. Dr. Bruno Kiesewetter, Dr. Hans Liebe, Prof. Dr. Joachim Tiburtius, Dr. Albert Wissler.
Wissenschaftlicher Beirat: Prof. Dr. Bruno Gleitze, Dr. Rolf Wagenführ, Dr. Eduard Wolf.

Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhofdamm 36. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geranienstr. 2
Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N 63, Friedrich-Krause-Ufer 24. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany
Bezugspreis für den Jahrgang (einschließlich Zustellung) im Inland DM 30,—, halbjährlich DM 16,—, vierteljährlich DM 9,—

— Hierzu 1 Zahlenbeilage —

*) W-B = West-Berlin. — †) D = Monatsdurchschnitt, E = Monatsende, S = Monatssumme. — *Kursive Zahlen*: vorläufig oder geschätzt. — °) Berichtigte Zahl

²⁾ Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr (ohne öffentl. Kredite). — ³⁾ Einschl. Umlauf außerhalb West-Berlins. — ⁴⁾ Vom Landesfinanzamt mitgeteilter Durchschnittssatz für 1 DM-West. — ⁵⁾ Ab April 1952 mit dem nach Westdeutschland überwiesenen Bundessteuern saldiert. — ⁶⁾ Ab Januar 1953 Neuberechnung. — ⁷⁾ Ab September 1953 Vierteljahresangaben. — ⁸⁾ Auf Grund von Warenbegleitscheinen; ohne Durchgangsverkehr. — ⁹⁾ Umsatzsteuerrückvergütungsberechtigte Lieferungen nach Westdeutschland einschl. Postversand. — ¹⁰⁾ Viertelj. DIW-Index, ohne Gas- u. Stromerzeugung, Nahrungs- u. Genußmittel u. Bauwirtschaft, monatl. nach Lieferwerten fortgeschrieben. — ¹¹⁾ Ohne Baunebengewerbe. — ¹²⁾ Einschl. Heimarbeiter.

Soweit es sich nicht um Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung handelt, entstammen die Angaben folgenden Quellen: Statistisches Landesamt Berlin. — Senat der Stadt Berlin, Abteilungen Wirtschaft, Verkehr und Finanzen. — Landesfinanzamt Berlin. — Berliner Zentralbank. — Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.